

MEINUNG



EU: Mehr Kooperation mit Israel, bitte!

Von Uwe Becker

Österreichs Kanzler Sebastian Kurz und seine dänische Kollegin Mette Frederiksen sind gemeinsam nach Israel geflogen, um sich vor Ort ein Bild zu machen, wie man im jüdischen Staat mit den Herausforderungen der Corona-Krise umgeht. Das Land ist Spitzenreiter im Impfen und gerade dabei, in eine neue Normalität zu finden, von der Europa noch meilenweit entfernt ist. Die trilaterale Vereinbarung über eine engere Zusammenarbeit in Forschung und Produktion sowie im Austausch über die Impfkampagne und den »Grünen Pass« als »Eintrittskarte« in ein normales Leben ohne Covid-19-Beschränkungen rufen in der übrigen EU mehr als nur ein Naserümpfen hervor, sorgt man sich doch in Brüssel um die gesamteuropäische Solidarität. Doch wer, bitte schön, hat eigentlich bisher die EU-Kommission davon abgehalten, gemeinsam den Austausch mit Israel zu suchen? Die Begründungsmuster – von der Größe des Landes bis hin zum Datenschutz – waren schneller artikuliert als eine Flugbuchung.

Israel ist Hightech-Land, eine ganze Reihe von Errungenschaften unserer digitalen Welt haben ihren analogen Beginn in Israel, wo in den Köpfen einer innovativen Gesellschaft Lösungen für unser aller Zukunftsfragen erdacht und entwickelt werden. Kooperation muss daher das Schlüsselwort sein, das die Beziehungen der EU mit Israel ausmachen sollte. Nicht nur beim Eurovision Song Contest sollte gelten, dass Israel eng zu Europa gehört.

Wo Herzen am 3D-Drucker entstehen, die Sicherheit unserer digitalen Infrastruktur fortentwickelt wird und Antworten auf wachsende Herausforderungen von Wasser, Ernährung und Landwirtschaft gegeben werden, bietet sich eine Vielzahl noch deutlich ausbaufähiger Formen der Zusammenarbeit an. Umso sträflicher ist die Zurückhaltung einer EU, in der sich leider die Zahl der Israel-Skeptiker in den letzten Jahren eher vergrößert hat. Die EU verständigt sich an der eigenen Bevölkerung, wenn sie nicht endlich ernst macht mit dem Ausbau der Beziehungen zu Israel. Nie war dies so (über-)lebenswichtig wie in der größten Krise Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Und Covid-2X wartet schon vor der Tür.

Der Autor ist Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG).



Jüd*innen und anderer Gender-Stuss

Von Ellen Presser

Ich sage es frei heraus: Ich bin Jüdin, ich bin Frau. Doch das bedeutet nicht, dass dauernd darauf herumgeritten werden muss. Früher näherte man sich, wenn man etwas zum Status wissen wollte, mit der Umschreibung: Sind Sie jüdischer Herkunft? Als ob die Frage »Sind Sie Jüdin?« beleidigend wäre. Heute kann man sich nicht mehr einkriegen mit dem Präzisieren. Um die Gleichberechtigung von Mann und Frau ins verbohrteste Gehirn einzustanzeln, gibt es ein Marterinstrument, das »Gesetz zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern«, kurz »Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz« vom 30. November 2001. Was da in die Welt gesetzt wurde und über die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes in den dienstlichen Schriftverkehr hineingezwungen wird, ist nicht zu ertragen. Das neue Gendersprech hält Einzug, vom Nachrichten-Format bis zur Talkshow. Geschlechtergerechtes Formulieren unterteilt die Ausdrucksvielfalt im Deutschen. Gesprochen werden männliche Begriffe mit Unterstrich/Sternchen versehen – akustisch mit einem Atemaussetzer – nun zu einem weiblichen Plural verunstaltet. Wo bleibt der Aufschrei der Männer, die im Gendersprech verschwinden? Wo der der Sprachwissenschaftler*innen (hier sieht man den Unsinn mal ausgeschrieben)? Wo der der schreibenden Zunft und aller frei denkenden Menschen in diesem Land? Nun, der ZEIT-Herausgeber Josef Joffe brachte es auf den Punkt: »Der Weg in die Sprach-Hölle ist mit korrekten Absichten gepflastert.«

Die deutsche Sprache braucht keine Gleichschaltung des grammatischen mit dem biologischen Geschlecht. Ja, diese wird, sollte der neue zwanghafte Sprach-Unfug bleiben, unsere Sprache ruinieren. Wenn man von Jüdinnen und Juden, kurz Jüd*innen, sprechen muss, weil Juden als maskuliner Sammelbegriff unzulässig geworden ist, dann bekommen Leute wie ich auf neue Weise einen Stern verpasst. Und wenn Politiker von »jüdischen Münchnerinnen und Münchnern« sprechen, die nach dem 9. November 1938 ins KZ Dachau eingeliefert wurden, dann wird es auch historisch falsch, weil es damals nur die Männer traf.

Die Autorin leitet das Kulturzentrum der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern (IKG).

ZITAT DER WOCHE

»Egoistischer Impfweltmeister: Israel hat bis jetzt fast nur Juden geimpft«

ORF-Moderator am 3. März auf Radio Wien

»Laboratorium für neues Denken«

FESTAKT Zum Auftakt der Woche der Brüderlichkeit erhielt Theaterregisseur Christian Stückl die Buber-Rosenzweig-Medaille

Mit einem Festakt in Stuttgart wurde am vergangenen Sonntag die »Woche der Brüderlichkeit« eröffnet. Aufgrund der Corona-Pandemie fand die Veranstaltung ohne Publikum statt; sie wurde jedoch live in der ARD übertragen. Hinter der Veranstaltung steht der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der sich für eine Verständigung zwischen den beiden Religionen einsetzt. Das diesjährige Leitthema der Woche der Brüderlichkeit lautet: »... zu Eurem Gedächtnis: Visual History«. So soll die Bedeutung visueller Medien für die Erinnerungs- und Gedenkkultur reflektiert werden.

Auftakt war die Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille an den Theaterregisseur Christian Stückl als Auszeichnung für

seinen Einsatz gegen Antisemitismus und Rassismus. Der Koordinierungsrat wolle damit ein deutliches und öffentliches Zeichen gegen Antisemitismus und für ein demokratisches Miteinander setzen, hieß es. Als Leiter der Oberammergauer Passionsspiele habe sich Stückl »von Anfang an dem Vorwurf des christlichen Antijudaismus gestellt« und »Zug um Zug die Aufführung entsprechend überarbeitet«, so der Koordinierungsrat.

In seiner Laudatio würdigte der Münchner Kardinal Reinhard Marx die Bedeutung der von Stückl inszenierten Oberammergauer Passionsspiele für den Zusammenhalt von Juden und Christen. Es habe lange gedauert bis zum Paradigmenwechsel im Verhältnis der Kirche und der Christen insgesamt zum Judentum und anderen Re-

ligionen. Für ihn sei Oberammergau »ein Testfall und ein Laboratorium für diese Rezeption des neuen Denkens, der neuen Geschwisterlichkeit«, sagte Marx. Der Kardinal erinnerte an die lange Geschichte antijüdischer Erzählungen und Bilder in Passionsspielen, aber auch an Kathedralen. Daran hätten auch die Nationalsozialisten mit ihrer Ideologie angeknüpft.

Stückl habe die Passionsspiele nicht nur von allen Antijudaismen befreit, sondern auch die Figur Jesu als gläubigen Juden dargestellt. »Schaut auf den Juden Jesu aus Galiläa aus Nazareth, das ist unser Heiland, das ist unser Erlöser: der Jude Jesus. Und wenn ihr ihn verstehen wollt, dann müsst ihr ihn als Juden sehen.« Stückl habe immer wieder mit Besuchen des Ensembles in Israel und Gesprächen mit Rabbinern

versucht, den Dialog in Gang zu bringen. Symbolisch überreichte der jüdische Präsident des Deutschen Koordinierungsrates, Rabbiner Andreas Nachama, die Medaille. Stückl bezeichnete die Auszeichnung als »Mahnung«, sich weiter gegen Judenfeindlichkeit einzusetzen. Antisemitismus komme ebenso wieder hoch wie eine Feindlichkeit gegen Muslime. Es gelte, jeder Art von Rassismus entgegenzutreten.

Stückl inszeniert 2022 die alle zehn Jahre stattfindenden Passionsspiele in seinem Geburts- und Wohnort zum vierten Mal. Im Jahr 2000 reformierte er das Stück grundlegend, auch im Austausch mit jüdischen Organisationen. Mit allen Hauptdarstellern reist er vor Beginn der Proben nach Israel. Auch bei anderen Inszenierungen greift der Theaterintendant

biblische Stoffe auf, die Juden und Christen verbinden.

Die seit 1968 vergebene Buber-Rosenzweig-Medaille ist nach den jüdischen Philosophen Martin Buber (1878–1965) und Franz Rosenzweig (1886–1929) benannt. Mit ihr werden Personen, Institutionen oder Initiativen für Verdienste um die Verständigung zwischen Christen und Juden ausgezeichnet.

Zu den Trägern der Medaille gehören der Geigenvirtuose Yehudi Menuhin, der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer und der Künstler Peter Maffay. Zuletzt ging die Auszeichnung an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Aufgrund der Pandemie konnte ihr die Medaille bisher jedoch nicht überreicht werden. *kna/ja*

Viele Einzelfälle

BUNDESWEHR In der Truppe ist Rechtsextremismus ein Problem

VON JULIAN FELDMANN

Ein Spezialeinsatzkommando der hessischen Polizei nahm Ende Februar in der kleinen Taunusgemeinde Glashütten einen Soldaten der Bundeswehr fest. Der Vorwurf: Tim F. soll illegal Waffen gehortet und sich rassistisch geäußert haben. Die Ermittler wurden bei der Razzia fündig: Pistolen, Gewehre und Sprengstoff stellten sie laut Berichten sicher. Auch der Vater und der Bruder des Soldaten wurden festgenommen. Ein rechtsextremes »Manifest« rechnen die Ermittler dem Bundeswehrangehörigen F. wohl ebenfalls zu, wie der »Spiegel« berichtete. In dem Schriftstück soll es darum gehen, »wie man die Macht in Deutschland übernehmen könnte«. Ein rechtsextremer Umsturzplan eines Soldaten?

Tim F. soll seit Ende 2019 bei der Bundeswehr verpflichtet sein. Den Behörden war der Mann nicht als Rechtsextremist aufgefallen. Das Ermittlungsverfahren gegen ihn und seine beiden Verwandten wegen Volksverhetzung und Verstoßes gegen das Sprengstoff-, Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz ist wohl einem Zufall zu verdanken. Die Lebensgefährtin des Soldaten, mit der er in Streit geraten sein soll, habe der Polizei einen Tipp gegeben, berichtete der »Spiegel«.

Der Fall des Soldaten aus Hessen ist nur einer in einer ganzen Reihe von rechtsextremen Vorfällen in der Bundeswehr in jüngster Zeit. Allein für das vergangene Jahr meldete der Militärische Abschirmdienst (MAD), der verfassungsfeindliche Umtriebe innerhalb der Truppe beobachtet, 477 neue rechtsextreme Verdachtsfälle sowie 31 mutmaßliche Reichsbürger unter den Soldaten. Vor allem die Elitetruppe Kommando Spezialkräfte (KSK) macht immer wieder mit Rechtsextremismus-Vorwürfen Schlagzeilen.

SS-LIEDERBUCH So hatte die Polizei bei einem KSK-Angehörigen ein Munitionsschrank und Sprengstofflager sowie ein Sturmgewehr gefunden. Auch ein SS-Liederbuch und nationalsozialistische Propaganda-Postkarten stellten die Beamten bei Philipp S. sicher. In dem Prozess gegen S., der derzeit in Leipzig läuft, sagten bislang Zeugen aus seinem Bundeswehr-Umfeld aus, sie hätten nie mit dem Angeklagten über politische Themen gesprochen. Als Rechtsextremist hat ihn offenbar niemand wahrgenommen.

Im vergangenen Sommer löste Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer die 2. Kompanie des KSK auf, stellte die anderen Teile unter eine strenge Beobachtung. Denn der Fall Philipp S. war nicht der erste Skandal in der KSK-Einheit. Auf einer Abschiedsparty für den früheren Kompanie-Chef soll 2017 Neonazi-Musik gespielt, mit Schweineköpfen geworfen und der Hitlergruß gezeigt worden sein.

Die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD), listet in ihrem jüngst vorgelegten Bericht für das vergangene Jahr zahlreiche rechtsextreme Vorfälle in der Truppe auf. Im KSK etwa hätten sich eine »fehlgeleitete Führungskultur, extremistische Tendenzen und ein nachlässiger Umgang mit Material und Munition ent-



Soldaten des Ausbildungszentrums Spezielle Operationen in Pfulldorf

wickelt«. Ministerin Kramp-Karrenbauer hatte eine »Null-Toleranz-Strategie« gegen Extremisten in den Reihen der Bundeswehr angekündigt.

Ermittler stellen bei einer Razzia Pistolen, Gewehre und Sprengstoff sicher.

Die derzeitige Debatte um rechtsextreme Machenschaften in der Bundeswehr hatte auch der Fall des Oberleutnants Franco A. im Jahr 2017 ausgelöst. Seitdem läuft gegen A. ein Strafverfahren, weil der Soldat einen Terroranschlag vorbereitet haben soll. Davon ist die Bundesanwaltschaft überzeugt und hat A. deswegen vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt angeklagt. Nachdem das Gericht den Prozess zunächst nicht eröffnen wollte, soll nun ab Mai gegen A. verhandelt werden.

Franco A. soll den Plan gefasst haben, hochrangige Politiker und Personen des öffentlichen Lebens anzugreifen. Bei dem geplanten Anschlag wollte A. laut Anklage den Verdacht in Richtung von Asylbewerbern lenken. Für diese Planung soll sich A. als syrischer Flüchtling ausgegeben und registrieren lassen, also eine Tarnidentität zugelegt haben.

JUDENHASS Laut Bundesanwaltschaft hat Franco A. eine »verfestigte völkisch-nationalistische und rechtsextremistische

Gesinnung« und »eine besondere Abneigung gegenüber Menschen jüdischen Glaubens«. Juden unterstelle A., »durch ein Zusammenwirken von Medien und staatlichen Institutionen sowie eine faktische Besetzung Deutschlands durch die USA« eine »Weltherrschaft des Zionismus« anzustreben, ermittelte die Bundesanwaltschaft. Der »Zionismus« betreibe einen »systematischen Rassenkrieg« durch die »Vermischung der Rassen«. Neben dem heutigen Außenminister Heiko Maas und der Grünen-Politikerin Claudia Roth soll auch Anetta Kahane, die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, zu den potenziellen Anschlagopfern gehört haben.

In der Bundeswehr gab es bereits früh Hinweise auf das rechtsextreme Weltbild des Soldaten. A. hatte in seiner Masterarbeit Ende 2013 rassistische und antisemitische Thesen vertreten. Laut eines Gutachters sei die Arbeit ein »radikalanationalistischer, rassistischer Appell«. A. redete sich heraus, begründete die Ausrichtung mit Zeitdruck. Er konnte eine neue Masterarbeit schreiben. Dem Hinweis auf eine antisemitische und rassistische Einstellung ging die Bundeswehr nicht nach. A.s mutmaßliche Terrorpläne flogen erst mehr als drei Jahre später auf.

Die Wehrbeauftragte Högl fordert in ihrem Jahresbericht für 2020: »Jeder einzelne Fall extremistischen Verhaltens ist einer zu viel und muss zügig und gleichzeitig gründlich sowie rechtsstaatlich sauber aufgeklärt werden.« Bei rechtsextremen Verdachtsfällen gelte: »Aufklärung ist unerlässlich.«